

Kiel, 9. August 2012 Landeshaus Tel. (0431) 988 1141 (0431) 988 1152 Fax (0431) 5300 4 1180 Innenausschuss@landtag.ltsh.de

## Kurzbericht

über die

3. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

am Mittwoch, dem 8. August 2012, im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Beginn: 14:35 Uhr

Der Innen- und Rechtsausschuss vertagte die Beratungen über den Antrag der Fraktion der PIRATEN zur Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Drucksache 18/9, und zum Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW zum Parlamentarismus im Wandel, Drucksache 18/10, auf seine Sitzung am 29. August 2012 und bat die Landtagsverwaltung um die Erstellung einer Synopse.

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktion der PIRATEN zur Überprüfung der Grundsätze für die Behandlung von Immunitätsangelegenheiten, Drucksache 18/8, für erledigt zu erklären.

Für die Bestellung der Mitglieder des Landtags **im Kuratorium der Landesstiftung Opferschutz Schleswig-Holstein**, <u>Umdruck 18/31</u>, schlug der Ausschuss einstimmig die Abgeordneten Simone Lange, Peter Lehnert und Burkhard Peters vor.

In den Verfahren der Kommunalen Verfassungsbeschwerden gegen §§ 6 und 8 des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches und § 6 b Bundeskindergeldgesetz vor dem Landesverfassungsgericht,

- Kommunale Verfassungsbeschwerde des Kreises Dithmarschen
  Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom
  8. Juni 2012 Az: LVerfG 2/12 -, Umdruck 18/23
- Kommunale Verfassungsbeschwerde des Kreises Ostholstein
  Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom
  Juni 2012 Az: LVerfG 3/12 -, <u>Umdruck 18/24</u>

## - Kommunale Verfassungsbeschwerde des Kreises Steinburg

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 8. Juni 2012 - Az: LVerfG 4/12 -, Umdruck 18/25

## - Kommunale Verfassungsbeschwerde des Kreises Nordfriesland

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 8. Juni 2012 - Az: LVerfG 5/12 -, <u>Umdruck 18/26</u>

empfahl der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag einstimmig den Beitritt zu den Verfahren, eine Stellungnahme mit der Tendenz abzugeben, die Beschwerde zurückzuweisen, und den Landtagspräsidenten zu bitten, einen Verfahrensbevollmächtigten zu bestellen.

Anschließend stellte sich Innenminister Andreas Breitner dem Ausschuss kurz vor.

Sodann nahm der Ausschuss einen Bericht des Innenministeriums zum Thema "Schüleraustausch - Vorgang Nordseeschule St. Peter-Ording", <u>Umdruck 18/40</u>, zur Kenntnis.

Abschließend kamen die Ausschussmitglieder überein, die für Mittwoch, den 15. August 2012, vorgesehene Sitzung entfallen zu lassen.

Schluss: 16:05 Uhr

gez. Dörte Schönfelder